

**Protokoll der ordentlichen  
Einwohnergemeindeversammlung Himmelried  
von**

**Donnerstag, 15. Dezember 2011 20.00 – 23.00 Uhr**

**In der Mehrzweckhalle**

|             |                   |                                  |
|-------------|-------------------|----------------------------------|
| Vorsitz:    | Gemeindepräsident | Roland Schmid                    |
| Protokoll   | Gemeindeschreiber | Ernst Winistörfer                |
| Stimmzähler |                   | Jürg Heuer<br>Alfred Waldenmeyer |

Anwesende Stimmbürger/Innen

103

**Traktanden:**



- 1. Genehmigung des Vertrags über den regionalen Führungsstab Thierstein**
- 2. Änderung von § 11, Ziff. a) des Reglements über Grundeigentümerbeiträge und Erschliessungsgebühren**
- 3. Revision des Feuerwehrreglements der Einwohnergemeinde**
- 4. Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde**
- 5. Verschiedenes**

Die Einladung zur Gemeindeversammlung war fristgemäss mit der Post jeder Haushaltung zugestellt worden, mit Kurzberichten zu den Gemeinderatsanträgen. In der Einladung war festgehalten, dass der vollständige Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde bei der Gemeindeverwaltung eingesehen und bezogen werden kann.

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 29.06.2011 war an der Gemeinderatssitzung vom 17. Oktober 2011 genehmigt worden und kann bei der Gemeindeverwaltung während 20 Tagen eingesehen werden.

Die Gemeindeversammlung genehmigte die Traktandenliste stillschweigend.

## **Zu Traktandum 1            Genehmigung des Vertrags über den regionalen Führungsstab Thierstein**

### **Bericht des Gemeinderates:**

Der Vorsitzende Roland Schmid informiert die Versammlung dass 1 Gemeinde den Vertrag sistiert habe. Dieser werde nun voraussichtlich per 1.7.2012 in Kraft gesetzt. Die bestehenden Gemeindeführungsstäbe würden in der Folge aufgehoben.

Aufgabe des Reg. Führungsstabes:

Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von Katastrophen und Koordination der Einsatzkräfte bei ausserordentlichen Lagen.

Ein Auslöser für die Einführung der Regionalen Führungsstäbe war u.a. die Katastrophe in Laufen (Überschwemmung im Jahre 2007.)

Der Gemeindepräsident teilte weiter mit, dass sich der Regionale Führungsstab Thierstein weitgehend an die regionale Zivilschutzorganisation Thierstein anlehnen werde. Der Regionale Führungsstab löse die kommunalen Führungsstäbe ab. Die Inkraftsetzung des Vertrags erfolge voraussichtlich per 1.7.2012. Die Arbeiten der Führungsstäbe würden laufend professionalisiert. Die Kosten des Regionalen Führungsstabes werden pro Jahr ca. Fr. 2.-- / Kopf der Bevölkerung betragen. Die Ammännerkonferenz Thierstein habe Wert darauf gelegt, dass keine Kostensteigerungen stattfinden, gegenüber den bisherigen kommunalen Führungsstäben.

### **Antrag des Gemeinderates:**

Der Gemeinderat beantrage der Gemeindeversammlung die Genehmigung des Vertrages über den Regionalen Führungsstab Thierstein.

### **Detailberatung:**

Walter Schilling wünschte das Wort.

Er bemängelte, dass die Traktanden-Liste geändert worden war. Dies müsse genehmigt werden.

Es sei gut gewesen, dass der Gemeinderat eine Info-Veranstaltung zum Thema Gemeindefinanzen durchgeführt habe.

Es habe an dieser Veranstaltung diverse, harte Diskussionen und Wortmeldungen mit Protestinhalten gegeben. Im Anschluss an die Sitzung (am nächsten Tag) habe sich Leo Müller bei ihm in aller Form entschuldigt.

Walter Schilling wollte danach wissen, wie der Gemeinderat die Kostenentwicklung bezüglich des Regionalen Führungsstabes Thierstein einschätze. Jetzt seien Fr. 2.-- / Kopf der Bevölkerung vorgesehen. Da seien gewisse Sachen drin enthalten. Wie entwickeln sich diese Kosten?

Der Vorsitzende teilte dazu mit, dass die Kosten von Fr. 2.-- / Kopf der Bevölkerung nicht überschritten werden dürften. Die Ammännerkonferenz Thierstein sei diesbezüglich kritisch gewesen. Dies sei auch der Grund, warum 1 Gemeinde den Vertrag nicht ratifiziert habe. Falls gravierende Änderungen auftreten sollten, müsste der Vertrag der Versammlung nochmals vorgelegt werden. Roland Schmid informierte weiter, dass der Regionale Führungsstab könne von der ganzen Infrastruktur der Zivilschutzorganisation Thierstein profitieren könne.

Walter Schilling wünschte nochmals das Wort und vertrat die Ansicht, dass zum Budget dieses Regionalen Führungsstabes wenig Angaben vorhanden seien.

Der Vorsitzende teilte dazu mit, dass lediglich die Angabe über die Kosten von Fr. 2.-- / Kopf der Bevölkerung angegeben seien.

Erhard Fritsch wünschte das Wort und vertrat die Ansicht, dass der Vertrag ja noch gar nicht fertig sei. Warum stimmen wir über diesen Vertrag ab?

Roland Schmid teilte dazu mit, dass der Vertrag zur Unterschrift durch alle Gemeindevertretungen fertiggestellt sei.

Nicole Schären wünschte das Wort und beklagte, dass es heute fast unmöglich sei, bei der Gemeindeverwaltung Unterlagen einzusehen.

Der Vorsitzende bestätigte Frau Schären, dass die Gemeindeverwaltung auf Wunsch die sachdienlichen Unterlagen gerne auf dem Postweg zustellen würde. Er nehme diese Meldung jedoch so entgegen.

Pia Ernst meldete sich zu Wort und regte an, dass alle Anträge zu einer Gemeindeversammlung auf der Homepage der Gemeinde publiziert werden könnten.

Der Gemeindepräsident teilte dazu mit, dass dies im vorliegenden Fall aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich gewesen sei.

Der Vorsitzende schloss damit die Detailberatung ab.

### **Beschlussfassung:**

Die Gemeindeversammlung beschloss mit 69 Ja-Stimmen, bei 9 Nein-Stimmen und 25 Stimmenthaltungen, den Vertrag über den Regionalen Führungsstab Thierstein, zu genehmigen.

## **Zu Traktandum 2            Änderung von § 11, Ziff. a) des Reglements über Grundeigentümerbeiträge und Erschliessungsgebühren**

### **Bericht des Gemeinderates:**

Der Vorsitzende Roland Schmid erläuterte der Versammlung den Inhalt dieses Traktandums:

Die Spezialfinanzierung Wasserversorgung weist seit mehreren Jahren Aufwandüberschüsse auf, sowie einen Bilanzfehlbetrag von Fr. 50'376.68 per 31.12.2010. Die Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung hingegen weist in den letzten Jahren regelmässig Ertragsüberschüsse auf, sowie ein Kapital von Fr. 153'500.-- in der Bilanz. Mit einer Erhöhung der Grundgebühr bei der Wasserversorgung, von bisher Fr. 25.-- pro Jahr, auf neu Fr. 50.-- soll die Wasserrechnung um jährlich Fr. 10'000.-- Mehrertrag entlastet werden. Dem gegenüber soll die Grundgebühr bei der Abwasserbeseitigung von heute Fr. 100.-- auf neu Fr. 75.-- gesenkt werden. Damit wird die Wasserrechnung Gemeinde-Intern durch die Abwasserrechnung entlastet und gleichzeitig werden überflüssige Reserven der Abwasser-Rechnung in der Bilanz abgebaut. Diese Massnahme hat auf die jährliche Rechnung der Wasserbezüger keinen Einfluss, weil die Mehrbelastung bei den Wasserbezügen vollumfänglich durch eine kleinere Belastung bei der Abwasserabrechnung ausgeglichen wird.

### **Antrag des Gemeinderates:**

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, die Erhöhung der Grundgebühren bei der Wasserversorgung, gemäss § 11, Ziffer a), Reglement über Grundeigentümerbeiträge und Erschliessungsgebühren, von bisher jährlich Fr. 25.-- um fr. 25.-- auf neu jährlich Fr. 50.-- zu genehmigen.

Die entsprechende Gegenmassnahme im Anhang zum Abwasser-Gebührenreglement (Senkung der Grundgebühr von heute Fr. 100.-- auf neu Fr. 75.--, pro Einheit) erfolgt in der Kompetenz des Gemeinderates.

**Detailberatung:**

Elisabeth Chavanne wünschte das Wort und teilte mit, dass viel Abwasser in den Garten abgeleitet werde. Ob eine Möglichkeit bestehe, dies bei der Verrechnung der Abwassergebühren zu berücksichtigen?

Der Vorsitzende teilte dazu mit, dass dieses Problem evtl. mit einer Versickerungsanlage gelöst werden könnte.

Benno Luginbühl verlangte das Wort und erkundigte sich, was die beantragte Erhöhung der Grundgebühr für diejenigen Personen für Auswirkungen habe, welche nicht an der kommunalen Kläranlage angeschlossen sind.

Der Vorsitzende teilte dazu mit, dass für diese Personen der Ausgleich der Gebührenerhöhung bezüglich der Wasserversorgung nicht ausgeglichen werden könne. Dies habe eine kleine Preiserhöhung zur Folge.

Helen Gianola erkundigte sich, warum im Voranschlag 2012 bei der Wasserversorgung ein Ertragsüberschuss budgetiert sei.

Der Verwalter informierte sie, dass die Rechnung der Wasserversorgung einen Bilanzfehlbetrag aufweise. Dieser Fehlbetrag müsse in den nächsten 5 Jahren durch Ertragsüberschüsse abgebaut werden.

Dr. Steyert wünschte anschliessend das Wort und erkundigte sich, ob in Himmelried das Trennsystem bezüglich der Abwasserbeseitigung vorgeschrieben sei.

Roland Schmid verneinte dies.

Niklaus Bühler (Architekt) und Dr. Alain Meyer (Präs. Komm. Baukommission) gaben anschliessend kurze Erklärungen zu Meteorwasser und Trennsystemen, resp. zu Versickerungen des Dachwassers ab. Sie wiesen dabei u.a. auf die bestehende Schutzzone III für das Grundwasser hin, welche fast das gesamte Gemeindegebiet abdeckt.

Walter Schilling wünschte anschliessend das Wort und teilte mit, dass die Versammlung u.a. wegen der beantragten Erhöhung der Gemeindesteuern anwesend sei. Die Gebühren würden auch einen Teil des Einkommens der Einwohnergemeinde darstellen. Bei den Steuern seien manchmal Ausfälle zu beklagen. Er wollte vom Gemeinderat wissen, ob die Überlegung gemacht worden sei, die Gebühren massiv zu erhöhen?

**Walter Schilling stellte den Antrag**, der Gemeinderat soll die Möglichkeit von deutlichen Preiserhöhungen auf den Gebühren für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung prüfen.

Wenn wir diese Gebühren erhöhen, würde die Gemeinde mehr einnehmen. Die minimalen aktuellen Gebühren seien eine Bevorzugung.

Sylvia Thomann (Leiterin Rechnungsprüfungskommission) wünschte das Wort und teilte mit, dass Eine Gebühr keine Gewinne bringen dürfe, sondern lediglich kostendeckend sein müsse.

Alain Meyer wünschte das Wort und teilte mit, dass Grundgebühren nicht variabel seien Dies seien keine Steuern.

Helen Gianola verlangte das Wort und ergänzte, dass Gebühren über vorgeschriebene Spezialfinanzierung abgerechnet würden. Diese dürften nicht gewinnbringend sein.

Ralph Steyert wünschte anschliessend das Wort und teilte mit, dass dies Grundsätze seien, welche durch das Bundesgericht festgelegt worden seien. Der Kanton mache dazu Reglemente. Das Kostendeckungs-Prinzip sei tangiert. Ein kommunaler Gesetzgeber könne da gar nichts machen.

Walter Schilling wünschte nochmals das Wort und zog seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende schloss anschliessend die Detailberatung und liess die Versammlung über den Antrag des Gemeinderates abstimmen.

**Beschlussfassung:**

Die Gemeindeversammlung beschloss grossmehrheitlich, bei 1 Gegenstimme, die Änderung von ° 11, Ziff. a) des Reglements über Grundeigentümerbeiträge und Erschliessungsgebühren, wonach die Grundgebühr für Frischwasserbezüge von heute Fr. 25.-- auf neu Fr. 50.-- erhöht wird. Im Gegenzug wird die Grundgebühr (§ 2 im Anhang zur Gebührenordnung des Abwassergebührenreglements) von heute Fr. 100.-- auf neu Fr. 75.-- gesenkt.

### **Zu Traktandum 3                      Revision des Feuerwehrreglements der Einwohnergemeinde**

**Bericht des Gemeinderates:**

Gemeinderätin Melanie Hartmann erläuterte der Versammlung den Inhalt des Traktandums: Das kommunale Feuerwehr-Reglement war der Gemeindeversammlung letztmals am 13. Dezember 1995 für Änderungen vorgelegt worden. Zwischenzeitlich entsprechen einige Vorschriften dieses kommunalen Reglements nicht mehr den heutigen Gesetzgebungen über die Brandverhütung, resp. der Brandbekämpfung.

Die wichtigsten Änderungen und Anpassungen des kommunalen Feuerwehrreglements:

| Paragraph | Bezeichnung                           | Änderungen / Ergänzungen  |
|-----------|---------------------------------------|---|
| § 1       | Hilfeleistung                         | Die Angehörigen der Feuerwehr leisten bei gemeldeten Herznotfällen keine Einsätze   |
| § 8       | Freiwillige Dienstleistungen          | Angestellte der Gemeinde, mit einem Arbeitspensum von mehr als 50 % wird empfohlen, in der Gemeinde Feuerwehrdienst zu leisten.   |
|           | Bussenreglement                       | Das Bussenregulativ für die Ahndung von Vergehen gegen das Feuerwehrreglement wird neu im Anhang des Reglements aufgeführt und gleichzeitig klarer formuliert.                        |
|           | Hinweise auf Zugrundeliegende Gesetze | Bei einigen Paragraphen wird im revidierten Reglement auf die Wort-wörtliche Wiedergabe von Passagen aus Gesetzen und Verordnungen verzichtet. Es wird lediglich auf diese verwiesen. |

**Antrag des Gemeinderates:**

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung die Genehmigung des revidierten Feuerwehrreglements der Einwohnergemeinde Himmelried.

**Detailberatung:**

Alfred Waldenmeyer wünschte das Wort und erkundigte sich, ob die Kompetenz zu diesem Reglement nicht an den Gemeinderat delegiert werden könnte?

Brenner Andreas (Kadermitglied der Feuerwehr) teilte dazu mit, dass es sich beim vorliegenden Reglement um ein kantonales System handle. Die Genehmigung der Bestimmungen dieses Reglements müsse von diversen Instanzen erfolgen, zum Beispiel durch die kant. Gebäudeversicherung und durch das zuständige kantonale Departement.

Christoph Thomann wünschte das Wort und vertrat die Ansicht, dass der Artikel 8 nicht präzise abgefasst sei. Dies sollte konkreter formuliert werden.

Melanie Hartmann teilte dazu mit, dass die Feuerwehrkommission diesen Artikel auch gerne etwas konkreter hätte formulieren wollen. Die zuständigen Personen bei der Genehmigungsstelle in Solothurn hätten dies jedoch nicht empfohlen.

Aus der Versammlung wurden keine weiteren Wortbegehren zum Feuerwehrreglement gestellt.

**Beschlussfassung:**

Die Gemeindeversammlung genehmigte die beantragte Reglementsanpassung des Feuerwehrreglements grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen.

**Zu Traktandum 4**

**Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde  
Beschlussfassungen betreffend:**

**A: Investitionsrechnung 2012**

**B: Laufende Rechnung 2012**

- Ersatzabgabe für die Feuerwehr
- Stundenlöhne, sowie Kilometerentschädigungen
- Sitzungsgelder von Gemeinderat und Kommissionen
- Teuerungszulage an das vollamtliche Gemeindepersonal
- Kehrrechtgrundgebühr
- Festlegen der Hundesteuer
- Festlegen des Gemeindesteuerfusses

**C: Gesamtgenehmigung des Voranschlags 2012**

**Bericht des Gemeinderates zum Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde:**

Der Vorsitzende informierte die Versammlung, dass vorgängig, am 30. November eine Informationsveranstaltung des Gemeinderates stattgefunden hatte, an welcher einerseits die aktuelle finanzielle Situation der Gemeinde dargestellt worden sei. Andererseits habe der Gemeinderat an dieser Veranstaltung auf den Handlungsbedarf in Sachen Gemeindesteuern hingewiesen.

Er teilte weiter mit, dass nachfolgend der Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde mittels einiger Folien dokumentiert werde.

Auf die Eintretensfrage des Vorsitzenden meldete sich Walter Schilling zu Wort und stellte zum Ablauf der Informationen und der Genehmigungen des Voranschlags einen **Änderungsantrag**.

Er wies darauf hin, dass laut der Traktandenliste des Gemeinderates zuerst die Investitionsrechnung 2012 (A) behandelt werden soll. Danach komme die Laufende Rechnung (B) und abschliessend die Gesamtgenehmigung des Voranschlags 2012 (C). Dieses Vorgehen sei nach

seiner Ansicht nicht logisch. Er vertrat die Ansicht, dass sich die Gemeindeversammlung nach Genehmigung der Voranschläge der Investitionsrechnung und der Laufenden Rechnung gar nicht mehr zum Steuerfuss des Jahres 2012 äussern könne, resp. eine Erhöhung nicht mehr zurückweisen könne.

Walter Schilling beantragte in der Folge, dass wie folgt vorgegangen werden soll:

1. Ausführungen im Detail über den ganzen Voranschlag 2012
2. Abstimmung über den Gemeindesteuerfuss des Jahres 2012
3. Abstimmung über den gesamten Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde

Der Vorsitzende Roland Schmid liess die Versammlung sofort über den Antrag von Walter Schilling, zum Ablauf der Verhandlungen über den Voranschlag 2012, sowie über die Festlegung des Steuerfusses, beschliessen.

#### **Teilbeschluss:**

Die Versammlung genehmigte mit 50 Ja-Stimmen, gegen 23 Neinstimmen, bei 30 Enthaltungen, den Antrag von Walter Schilling.

Der Vorsitzende informierte die Versammlung, dass jetzt folglich der Voranschlag 2012 der Investitionsrechnung und anschliessend der Voranschlag der Laufenden Rechnung präsentiert würden. Bei dieser Gelegenheit wies der Gemeindepräsident noch darauf hin, dass laut einer aktuellen Mitteilung der Kantonsrat beschlossen habe, die Staatssteuern für das Jahr 2012 um 4 % zu senken.

Der Gemeindepräsident dokumentierte anschliessend mittels der vorbereiteten PowerPoint-Präsentation die im Voranschlag 2012 vorgesehenen Kredite der Laufenden Rechnung.

Bei einem Gesamtaufwand von Fr. 4'554'100.-- und Gesamteinnahmen von Fr. 4'160'100.-- fällt ein Aufwandüberschuss von Fr. 394'000.-- an. Diese Zahlen basieren auf der Basis eines angenommenen Steuersatzes von 129 % der einfachen Staatsteuer.

Er informierte die Versammlung, dass im Rechnungsjahr 202 eine ausserordentliche Konstellation von starken Ausgabensteigerungen und extremem Rückgang von Subventionserträgen, sowohl beim direkten, wie auch beim indirekten Finanzausgleich entstehen werde. Als Resultat der Kostensteigerungen bei den ausgabenstärksten Dienstabteilungen (Bildung und Soziale Wohlfahrt) und den stagnierenden Steuereinnahmen, würde sich die Schere stets weiter öffnen. Die Steuereinnahme als grösster Einnahmenposten bei der Einwohnergemeinde, seien in den vergangenen 10 Jahren mit geringfügigen Abweichungen konstant auf einem Niveau von ca. 2,7 Mio. Franken stehen geblieben. Ohne griffige Massnahmen drohe der Einwohnergemeinde eine rasante und fast unkontrollierbare Neuverschuldung. In den Jahren 2010 und voraussichtlich auch 2011 würden schlechte Jahresabschlüsse bevorstehen.

Was die Vereinnahmung von Subventionen aus dem direkten und indirekten Finanzausgleich betreffe, teilte der Vorsitzende mit, dass die Gemeinde Himmelried ab dem Jahr 2013 mit einer Besserstellung rechnen könne. Mit entsprechenden Folien dokumentierte der Gemeindepräsident den massiven Einbruch der Subventionseinnahmen auf den Kosten der Lehrerbesoldungen.

Roland Schmid dokumentierte der Versammlung anschliessend die finanzielle Entwicklung der letzten Jahre auf dem Gebiet der Dienstabteilung Soziale Wohlfahrt. Er zeigte auf, dass sich die Kosten im Sozialwesen in den vergangenen 10 Jahren fast verdoppelt hätten. Im Jahre 2002 wurden für die Soziale Wohlfahrt noch etwas mehr als Fr. 400'000.-- ausgegeben. Im Voranschlag 2012 wird mit Ausgaben von Fr. 785'600.-- gerechnet.

Roland Schmid wies die Versammlung darauf hin, dass ab dem Jahr 2012 bei der Dienstabteilung Soziale Wohlfahrt eine neue, massive Belastung auf die Schweizerischen Gemeinden zu komme, in Form der neu finanzierten Langzeitpflege von Patienten und Patientinnen in Alters- und Pflegeheimen. Die Krankenkassen würden gleichzeitig von diesen Kosten entlastet. Für die Gemeinde Himmelried bedeute diese Kostenumverteilung eine Mehrbelastung von ca. Fr. 72'300.-- ab dem Rechnungsjahr 2012.

Der Gemeindepräsident dokumentierte die Versammlung anschliessend mit der Übersicht der Kredite, welche von der Gemeindeversammlung innerhalb der Laufenden Rechnung 2012 explizit genehmigen muss. Es sind dies:

| Dienstbereich / Konto              | Bezeichnung                             | Kredit | Begründung  |
|------------------------------------|---|--------|---|
| <b>1. Öffentliche Sicherheit</b>   |   |        |   |
| Feuerwehr<br>140.390.02            | Löschwasserbeitrag<br>pro Hydrant       | 40'000 | Beitrag z.G. der Wasserrechnung, für Löschwasser        |
| <b>2. Bildung</b>                  |   |        |   |
| Schulanlagen<br>218.312.02         | Heizung & Energie<br>Schulhaus und MZH  | 40'000 | Energieverbrauch u. Heizkosten Schulhaus & MZH          |
| <b>5. Soziale Wohlfahrt</b>        |   |        |   |
| Gesetzliche Sozialhilfe<br>582.318 | Betreuungskosten Asyl                   | 58'500 | Vertrag mit der Firma ABS Betreuungsservice, Pratteln   |
| <b>6. Verkehr</b>                  |   |        |   |
| Gemeindestrassennetz<br>620.314.03 | Unterhalt G'mdestrassen                 | 50'000 | Unterhalt u. Reparaturen von G'mdestrassen u. Fusswegen |
| <b>7. Umwelt &amp; Raumordnung</b> |   |        |   |
| Wasserversorgung<br>701.314.01     | Unterhalt Leitungsnetz<br>und Hydranten | 25'000 | Reparatur von Leitungsbrüchen und Hydranten             |
| <b>9 Finanzen</b>                  |   |        |   |
| Gemeindesteuern<br>900.330         | Abschreibung von<br>Steuerguthaben      | 30'000 | Abschreibung von Gemeindesteuerguthaben                 |
| Kapitaldienst<br>940.322           | Zinsen auf Darlehen                     | 65'000 | Verzinsung von Darlehen an die Einwohnergemeinde        |

#### **Detailberatung:**

Alfred Waldenmeyer wünschte das Wort und stellte eine Frage zu den bestehenden Steuerausständen der Einwohnergemeinde.

Der Verwalter erteilte ihm anhand der ihm vorliegenden Liste aus der Bilanz 2010 die gewünschten Auskünfte. Es sind teilweise Steuerausstände älteren Datums bilanziert. Die Verwaltung versucht immer wieder, mittels Ratenzahlungsvereinbarungen die säumigen Steuerpflichtigen in die Pflicht zu nehmen. Dies gestalte sich jedoch nicht immer einfach. Auch der Weg über Betreibungen müsse regelmässig angewendet werden, um gefährdete Steuerguthaben auf dem Rechtsweg eintreiben zu können.

Nicole Schären wünschte das Wort und erkundigte sich, ob Kredite, welche zu besseren, finanziellen Zeiten genehmigt worden seien, heute sistiert werden könnten.

Der Vorsitzende teilte Frau Schären mit, dass bewilligte Verpflichtungskredite innert 5 Jahren ausgeführt werden müssten.



Ansonsten müssten diese (bei Nichtbeanspruchung des Kredites) neu genehmigt werden. Diese Frage betreffe jedoch die Investitionskredite. Er wies Frau Schären darauf hin, dass jetzt Verhandlungen über die Laufende Rechnung geführt würden.

Andreas Borer wünschte das Wort und erkundigte sich nach dem Zweck des Kredites über Fr. 40'000.--für den Löschwasserbeitrag pro Hydranten.

Der Verwalter teilte dazu mit, dass es sich bei diesem Kredit um einen rein buchhalterischen Vorgang handle. Zu Lasten der Feuerwehr dürfe ein Betrag von Fr. 400.-- pro Hydrant jährlich der Spezialfinanzierung Wasserversorgung gutgeschrieben werden. Bei ca. 100 Hydranten, welche in Himmelried in Betrieb seien, ergebe dies die Summe von Fr. 40'000.--.

Der Vorsitzende erläuterte anschliessend mittels einer Folie der Präsentation die Berechnung des Finanzierungsfehlbetrages, welcher aus den Voranschlägen der Investitionsrechnung und der laufenden Rechnung resultiert. Der Finanzierungsfehlbetrag dokumentiere die Summe, welche auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden müsse, um die Verpflichtungen aus dem Voranschlag finanzieren zu können. Der Finanzierungsfehlbetrag für das Voranschlagsmodell 2012 aus dem gemeinderätlichen Antrag beträgt (inklusive der Steuersatzerhöhung auf 129 %) Fr. 547'000.--

Der Gemeindepräsident informierte bezüglich den Abschreibungssätzen, dass heute ein Satz von 8 % angewendet werde. Mit Einführung des harmonisierten Rechnungsmodells HRM2 würden diese Sätze geändert.

#### Ersatzabgabe 2012 für die Feuerwehr:

Der Vorsitzende erläuterte anschliessend innerhalb der Präsentation die Folien bezüglich der Ersatzabgabe für die Feuerwehr. Der Gemeinderat schlägt der Versammlung vor, dass für das Jahr 2012 unverändert 10 % der einfachen Staatssteuer, minimal Fr. 20.--, resp. maximal Fr. 400.- verrechnet werden.

#### Gebühren für die Abfallentsorgung:

Auch bezüglich der Gebühren für die Abfallentsorgung sollen nach dem Antrag des Gemeinderates keine Änderungen anfallen, d.h. die jährliche Grundgebühr für die Abfallbeseitigung beträgt Fr. 50.-- pro Haushalt. Für Alleinstehende soll eine Gebühr von Fr. 30.--, resp. für Gewerbebetriebe eine Gebühr von Fr. 50.-- angewendet werden.

#### Stundenlöhne sowie Km-Entschädigungen:

Der Gemeinderat beantragt, die Ansätze für die Stunden-, Tag- und Fuhrlohne im Jahre 2012 unverändert anzuwenden (Fr. 30.-- / Stunde, resp. Km-Spesen von Fr. -.70)

#### Sitzungsgelder für Gemeinderat und Kommissionen:

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, den Ansatz für Sitzungsgelder im Jahre 2012 unverändert bei Fr. 22.-- / Stunde anzuwenden.

#### Festlegen des Teuerungsausgleichs an das vollamtliche Gemeindepersonal:

Roland Schmid erläuterte anhand der entsprechenden Präsentations-Folie, dass dem Staatspersonal für das Jahr 2012 ein Teuerungsausgleich von 0,5 % gewährt werde. Der Gemeinderat beantrage, diesen Satz ebenfalls für das vollamtliche Gemeindepersonal anzuwenden.

#### Festlegung der Hundesteuer für das Jahr 2012:

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, im Jahre 2012 die Hundesteuer unverändert bei Fr. 75.-- pro Tier zu belassen.

In diesem Zusammenhang erwähnte Roland Schmid noch, dass der Gemeinderat daran sei, eine Pferdesteuer zu prüfen. Es seien noch ein paar Unklarheiten vorhanden, welche abgeklärt würden. Der Rat werde die Versammlung zur gegebenen Zeit orientieren.

### Festlegung des Gemeindesteuerfusses für das Jahr 2012:

Der Vorsitzende Roland Schmid dokumentierte die Versammlung anschliessend anhand weiterer Folien mit verschiedenen Szenarien, welche die finanziellen Konsequenzen aus dem nachfolgenden Beschluss über die Festlegung des Gemeindesteuerfusses nach sich ziehen werden.

Der Gemeinderat beantragt der Versammlung, den Gemeindesteuerfuss für das Jahr 2012 auf neu 129 % der Staatssteuer festzulegen. Aktuell gilt ein Steuerfuss von 120 %. Roland Schmid informierte die Versammlung, dass der Gemeinderat zur besseren Übersicht über die Situation, drei verschiedene Szenarien dokumentiere:

- Szenario 1: den Steuerfuss von 120 % der einfachen Staatssteuer so belassen, resp. die beantragte Steuererhöhung verweigern:
- Eine massive Neuverschuldung bis 4,5 Mio. Franken, bis im Jahre 2016, wäre die unvermeidbare Folge.
  - Der Bilanzfehlbetrag würde sich bis zum Jahre 2016 auf 1,6 Mio. Franken beziffern. Laut Gemeindegesetz muss ein Bilanzfehlbetrag innert 5 Jahren abgebaut werden.
  - Innert wenigen Jahren würde der Gemeinde die Zwangsverwaltung durch den Kanton drohen.
  - Der Steuerfuss würde dazumal durch den Regierungsrat festgelegt und nicht mehr durch die Gemeindeversammlung.
  - Beispiele solcher Gemeinden sind vorhanden.
- Szenario 2: Erhöhung des Steuerfusses von heute 120 % der Staatsteuern auf neu 125 %.
- Die Verschuldung steigt bis zum Jahre 2016 auf 3,77 Mio. Franken.
  - Der Bilanzfehlbetrag steigt auf Fr. 908'000.--. Die Möglichkeiten des Abbaus innert 5 Jahren sind fraglich.
  - Die Gemeinde wird durch Banken und durch den Kanton schlechter beurteilt (Status = hohe Verschuldung der Gemeinde). Dadurch steigen die Zinsen für die Aufnahme von Fremdkapital massiv an.
- Szenario 3: Erhöhung des Steuerfusses von heute 120 % der Staatssteuern auf neu 129 %.
- Die Verschuldung steigt bis zum Jahre 2016 auf 3,24 Mio. Franken. Die Verschuldung per 31.12.2010 betrug Fr. 1.39 Mio. Per 31.12.2011 wird diese ca. Fr. 1.8 Mio. Franken betragen.
  - Per Ende Jahr wird 2011 wird die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung ca. Fr. 1'800.-- betragen ( Beurteilung = kleinere bis mittlere Verschuldung).
  - Der Bilanzfehlbetrag würde bis zum Jahre 2016 auf ca. Fr. 380'000.-- steigen. Ein Abbau innert 5 Jahren ist realistisch.
  - Beurteilung durch Kanton und Finanzinstitute = Mittlere Verschuldung.
  - Die Zinssätze für die Kapitalbeschaffung bleiben für die Gemeinde bezahlbar.

Der Vorsitzende dokumentierte die drei Szenarien mit Auszügen aus den Berechnungen des kommunalen Finanzplanes. Je nach Ansatz des Gemeindesteuerfusses, sowie je nach Entwicklung des direkten und indirekten Finanzausgleichs werden sich die Gemeindefinanzen in eine negative oder eben in eine positive Richtung entwickeln.

Alfred Waldenmeyer wünschte das Wort und kam auf den Steuersatz der Holding u. Domizilgesellschaften zu sprechen. Diese seien mit einem Steuersatz von 100 % zu veranlagern. Er erkundigte sich, wie viele solche Gesellschaften es in Himmelried gebe.

Roland Schmid erklärte dazu, dass es seines Wissens derzeit keine solchen Gesellschaften gebe in Himmelried.

Der Vorsitzende zeigte anschliessend anhand einer weiteren Folie die finanzielle Mehrbelastung, welche die Steuererhöhung auf 129 % der einfachen Staatssteuer pro Haushalt ausmachen würde. Diese Mehrbelastung beträgt pro Jahr zwischen Fr. 50.-- und Fr. 250.--, je nach dem veranlagten steuerbaren Einkommen. Roland Schmid wies darauf hin, dass nach der Bekanntmachung des Beschlusses über die Steuersenkung der Staatssteuern, eine allfällige Mehrbelastung auf Gemeindesteuern praktisch wieder ausgeglichen würde. Zum Schluss seiner Ausführungen dokumentierte der Gemeindepräsident der Versammlung eine Zusammenstellung der Steuerfüsse aller Thiersteiner Gemeinden, sowie derjenigen von Gempen und Dornach. Daraus geht hervor, dass heute die grosse Mehrheit der Thiersteiner Gemeinden einen Steuerfuss von 130 % oder darüber anwendet.

Abschliessend erläuterte der Gemeindepräsident die Dokumentation über die Finanzierung des gesamten Voranschlages 2012 der Einwohnergemeinde. Dieser weist einen Finanzierungsfehlbetrag über Fr. 547'800.-- auf. Roland Schmid wies darauf hin, dass dieser Betrag fremdfinanziert werden müsse.

#### Detailberatung zur Festlegung des Steuerfusses für das Jahr 2012:

Sabine Wenger wünschte das Wort und erkundigte sich, warum die Pro-Kopf-Verschuldung auf Fr. 5'000.-- steige, bei einem Steuerfuss von 129 %.

Der Verwalter erklärte, dass die Pro Kopf-Verschuldung sowohl im Jahre 2011, wie auch im Jahre 2012 weiter ansteigen werde, weil eben im Jahre 2012 eine historisch schlechte Konstellation von tiefen Prozentsätzen beim direkten und indirekten Finanzausgleich zur Anwendung gelange.

Xaver Borer stellte fest, dass der Kanton die Staatssteuern senke. Er wollte wissen, warum diese Massnahme keinen Einfluss auf die Gemeindesteuern habe.

Roland Schmid erklärte ihm die Systemänderung beim Kanton bei der Festsetzung des jährlichen Staatssteuer-Fusses.

Peter Näf wünschte das Wort und stellte fest, dass die Gemeindefinanzen allein mit der Steuererhöhung nicht gesunden. Dies entnehme er dem Balkendiagramm, welches präsentiert worden sei. Folglich müsse die Gemeinde ihre Ausgaben senken.

Sylvia Thomann wünschte das Wort und erklärte, dass innerhalb des Gemeindegebiets noch Land in der Reservezonen gelegen sei. Dieses könnte eingezont werden. Danach könne gebaut werden. Dies würde der Gemeinde Grundstückgewinnsteuern beschweren.

**Sylvia Thomann stellte den Antrag**, die Möglichkeit zu prüfen, Grundstücke innerhalb der Reservezone in die ordentliche Bauzone zu übertragen.

Gemeinderat Fredy Kilcher informierte dazu, dass der Kanton kommuniziert habe, in 1 bis 2 Jahren eine nächste Ortsplanungs-Revision einzuleiten. In Himmelried sei jedoch die Einzonung von zusätzlichem Bauland schwierig, weil der Kanton nur Bauzonenflächen für einen Zeitraum von ca. 15 Jahren genehmige.

Sylvia Thomann zog ihren Antrag in der Folge zurück.

Nicole Schären wünschte das Wort und teilte mit, dass Himmelried eine tolle Gemeinde sei. Die Gemeinde verfüge auch über eine gute Verwaltung. Sie fragte sich, ob sich die Gemeinde dies noch leisten könne. Die zunehmende Verschuldung könne nicht gestoppt werden. Deshalb seien die Strukturen der Gemeindeverwaltung zu prüfen und alle Ausgaben seien auf ihre Berechtigung, resp. auf ihre Ursache hin zu prüfen. Sie regte auch die Prüfung von Massnahmen an, welche dazu führen würde, gut verdienende Steuerzahler nach Himmelried zu bringen.

Der Vorsitzende Roland Schmid teilte dazu mit, dass die Gemeinde Himmelried während Jahren einen tiefen Steuersatz von 118 % der Staatssteuern angewendet habe. Als Folge des attraktiven Steuerfusses seien jedoch bis dato keine Neuzuzüger vermeldet worden.

Roland Schmid wies danach auf eine Studie der Credit Suisse hin, welche sich mit den Steuerfüssen von Agglomerationsgemeinden, im Vergleich zu Gemeinden des Schwarzbubenlandes befasst.

Danach würden einem Ehepaar mit 2 Kindern, bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 75'000.-- und einem Vermögen von 50'000.--, bei Wohnort Seewen SO jährlich Fr. 17'000.-- mehr zur Verfügung stehen, als beim Wohnort Basel-Stadt.

Willy Bloch verlangte das Wort und stellte fest, dass die Versammlung stets von Steuern spreche. Die Gemeinde habe aber auch Mittel in den kantonalen Finanzausgleich einbezahlt. An der kürzlichen Orientierungsversammlung (30.11.2011) seinen Voten gemacht worden. Er hoffe, dass sich der Gemeinderat nochmals Gedanken mache. Die Leute sollten dankbar sein, für die Werte, welche wir heute haben. Willy Bloch kam danach auf das Projekt Friedhof zu sprechen. Er teilte mit, dass ein Pauschalkredit über Fr. 580'000.-- bewilligt worden sei. Für das Jahr 2012 werde davon eine Tranche von Fr. 230'000.-- beantragt. Der heutige Friedhof sei bereits rollstuhlgängig. Von den Fr. 580'000.-- könnten Fr. 130'000.-- eingespart werden. Die Friedhofmauer (Stützmauer der Kirche) müsse unbestrittenermassen saniert werden. Eine Rampe von der oberen zur mittleren Ebene sei jedoch unnötig. Auch ein Gemeinschaftsgrab sei noch projektiert. Es dürfe für dieses Projekt kein Pauschalkredit gesprochen werden.

Alfred Waldenmeyer wünschte anschliessend das Wort. Er teilte mit, dass der Gemeinderat nach dessen Angaben über eine Summe von 5 – 10 % des gesamten Gemeindebudgets frei verfügen könne.

Alfred Waldenmeyer stellte den Antrag, dass die Gemeindesteuern auf die Dauer von 1 Jahr, d.h. für das Jahr 2012 auf 129 % der Staatsteuern festgelegt werden sollen. In dieser Zeit soll abgeklärt werden, wie gut verdienende Neuzuzüger nach Himmelried geholt werden können. Er erwähnte dazu ein Beispiel eines bekannten Autorennfahrers, welcher im Kt. Appenzell ein Haus bauen wollte. Die Gemeindeversammlung dieser Ortschaft habe eine dazu nötige Zonenplanänderung verweigert. Jetzt würde diese Person mit der Familie im Kanton Waadt wohnen, weil dort die Zonenbestimmungen flexibler gehandhabt worden seien. Diese Gemeinde würde sich heute praktisch nur noch mit Steuersenkungen befassen. Der Gemeinderat soll sich ebenfalls damit befassen, abzuklären, ob mit der geltenden Steuergesetzgebung allenfalls eine gewisse Flexibilität für Steuerlösungen gegenüber gut verdienenden Personen bestehe.

Alfred Waldenmeyer führte weiter aus, dass Beschlüsse, welche das Budget immer wieder belasten, geprüft und wenn möglich aufgehoben werden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen über die entsprechenden Resultate informiert werden. Auf Bundes- und Kantonsebene könne das Budget nicht beeinflusst werden. Auf kommunaler Ebene würden jedoch immer wieder Begehrlichkeiten an den Gemeinderat getragen. Wie soll das alles bezahlt werden? Und wie könnte die Gemeinde noch attraktiver gestaltet werden?

Walter Schilling wünschte anschliessend das Wort und erklärte, dass er froh sei, für dieses Votum. Es sei klar dokumentiert worden, was in den letzten Jahren punkto Gemeindefinanzen passiert sei. Dies sei an der Orientierungsversammlung vom 30. November klar geworden. Was jetzt immer noch fehle, sei der Finanzplan. Die Gemeinde würde nach wie vor auf grossem Fuss leben. Es sei jetzt abzuklären, was eingespart werden könne. Er sei davon überzeugt, dass noch Sparpotenziale bestehen würden. Der Gemeinderat komme deshalb nicht darum herum, weitere Abstriche vorzunehmen. Er nannte als Beispiel das Projekt Friedhof. Bei diesem Projekt seien Ausgaben beschlossen worden. Es sei jedoch fraglich, ob sich dies die Gemeinde heute überhaupt noch leisten könne. Er sei der Ansicht, dass dies nicht möglich sei.

Walter Schilling empfahl im Weiteren, Massnahmen zu prüfen, um die Steuerausstände zu verkleinern. Mit dem angestellten Gemeindepersonal sollten noch mehr Eigenleistungen durch die Gemeinde erbracht werden können. Früher habe die Gemeinde noch eine Fronsteuer gekannt.

Es könnte geprüft werden, diese wieder einzuführen. Wenn jemand die Steuern nicht bezahlen könne, so sollen Fronarbeiten verfügt werden können. Die Gemeinde müsse auch nicht Leistungen erbringen, welche auf privater Basis erbracht werden könnten. Dazu zähle er beispielsweise das Abwasserpumpwerk Krummacker. Es werde darüber diskutiert, dieses Pumpwerk durch die Gemeinde übernehmen zu lassen. Das könne es nicht sein. Diese Pumpzonen sollen erhalten bleiben und weiterhin durch die Anstösser finanziert werden. Diese Aufgabe sei nicht an die Gemeinde zu übertragen.

Walter Schilling führte weiter aus, dass zurzeit eine gewisse Bautätigkeit stattfinde. Er erkundigte sich, ob der Gemeinderat diesbezüglich bereits Prognosen erstellt habe, bezüglich Mehreinnahmen an Gemeindesteuern.

**Walter Schilling stellte in der Folge den Antrag:**

- 1. Das Budget 2012 zurückzuweisen
- 2. Für ein korrigiertes Budget 2012 einen Steuerfuss von 125 % anzuwenden.

Ralph Steyert wünschte das Wort und schloss sich dem Votum von Dr. Walter Schilling an. Er führte aus, dass die Gemeindeversammlung vom Gemeinderat bezüglich den erhöhten Ausgaben im Bereich der Bildung und der sozialen Wohlfahrt informiert worden sei. Bezüglich Sparmassnahmen sei jedoch nichts kommuniziert worden. Es sei nichts in Stein gemeisselt bei den Ausgaben. Nicht mal, das unsere Gemeinde 3 Lehrer haben müsse. Es sind viele Sachen "nice to have". Er nannte als Beispiel die Umwelt-und Naturschutzkommission „UNK“.

Alle Positionen, die nice to have sind, müssen gestrichen werden. Auf der anderen Seite müsse für eine Mehrung des Steuersubstrates gesorgt werden. Dies sei nicht einfach ein frommer Wunsch. Er zitierte Herrn Balmer (Leiter des Basellandschaftlichen Finanzdepartements): "Das einzig wirksame Mittel ist das Wachstum des Steuersubstrates". Steuererhöhungen würden zeigen, dass das Wachstum der Ausgaben nicht im Griff ist. Uns interessieren nicht Zullwil und Breitenbach. Wir müssen ein "up grading" machen. Attraktives Standort-Marketing müsse angewendet werden. Die Leute bei Novartis suchen und abholen.

Ralph Steyert zitierte weiter einen Zeitungsbericht: "die Rege Bautätigkeit in Witterswil hat der Gemeinde mehr Steuereinnahmen beschert".

**Ralph Steyert stellte den Antrag**, die Gemeindesteuern auf 120 % der Staatssteuern zu belassen.

Michel Chavanne verlangte anschliessend das Wort und vertrat die Ansicht, dass allen Anwesenden dieser Versammlung klar sei, dass eine heute beschlossene Steuererhöhung von 120 % auf 129 % nicht nur für 1 Jahr gelten werde, sondern für mehrere Jahre.

**Michel Chavanne stellte den Antrag** die Steuererhöhung von 120 % auf neu 124 % der Staatssteuer zu begrenzen. Gleichzeitig soll das Budget zur Überarbeitung zurückgewiesen werden. Alle müssten sparen wegen dieser Steuererhöhung. Also auch die Gemeinde.

Werner Kaiser wünschte das Wort und bedankte sich für das schöne Bild auf der Titelseite der Einladung zur Gemeindeversammlung. Er meinte, mit diesem Bild könnten wir nach Basel gehen. Die Kantone Schwyz und Nidwalden hätten ihre Steuern gesenkt.

Alain Meyer wünschte das Wort und teilte mit, dass sich Sparen und Standort-Attraktivität auch beissen könnten. Wenn das Schulsystem schlecht ist, kommen keine Familien nach Himmelried. Sind auch bis heute nicht gekommen.

Otto Schaub verlangte anschliessend das Wort und teilte mit, dass er hin und hergerissen worden sei. Man wisse gar nicht so recht, was machen. Der Vorschlag mit einer Erhöhung auf 124 % wäre so etwas wie der goldige Mittelweg. Die Hausbesitzer hätten es auch ein wenig in der Hand, die Steuerbeträge zu beeinflussen. Die Erhöhung um 7,5 % erscheine ihm fast ein wenig unseriös.

Walter Schilling wünschte das Wort und gab bekannt, dass er seinen Antrag auf Begrenzung der Steuererhöhung zu Gunsten des Antrags von Michel Chavanne zurück ziehe.

Der Vorsitzende Roland Schmid bemerkte dazu, dass ihn diese Verhandlung an einen orientalischen Bazar erinnere. Er erinnerte die Versammlung daran, dass je nach Höhe des schlussendlich beschlossenen Steuerfusses grosse Neuverschuldungen eingegangen werden müssten. Er würde es auch bedauern. Alle Ratsmitglieder hätten am vorliegenden Budget 2012 der Einwohnergemeinde mitgearbeitet und es sei seriöse Arbeit geleistet worden. Gewisse Prozesse würden jetzt laufen und könnten nicht einfach so gestoppt werden. Er verwies bei dieser Gelegenheit auf den Ortsbus (Kleinbus von PostAuto). Diese Dienstleistung sei vom Souverän auch gewollt gewesen. Ob hingegen die Umwelt- und Naturschutzkommission nötig sei oder nicht, darüber werde heute nicht abgestimmt.

Rolf Gartmann verlangte das Wort und vertrat die Ansicht, dass die Gemeinde mehr Schulden machen müsse, wenn die Versammlung dem Gemeinderat nicht gehorchen wolle. Er frage sich, wo hier die Einsparungen bleiben würden.

**Rolf Gartmann beantragte die Rückweisung des Voranschlags 2012.** Der Gemeinderat soll beauftragt werden, das Budget neu zu berechnen, auf Basis des zu bewilligenden Steuersatzes.

Peter Naef wünschte das Wort und bemerkte, dass jeder Prozess angehalten werden könne. Jetzt sei jedes Sparprozent wichtig.

Der Vorsitzende informierte, dass er am Vorabend an der Ammännerkonferenz des Bezirks Thierstein teilgenommen habe. Dort sei das Problem Steuererhöhungen ebenfalls debattiert worden. Der Kanton Solothurn habe im Jahre 2010 einen Bevölkerungszuwachs von gesamthaft 1'200 Personen gezählt. Es wäre ja wohl vermessen, anzunehmen, dass all diese 1'200 Personen nach Himmelried kommen würden.

Wenn jemand ein Haus kaufen will, mache er dies normalerweise mit Hilfe einer Bank. Dies sei eine Investition. Der Friedhof von Himmelried sei eine Begegnungsstätte für das Dorf. Ursprünglich habe bei diesem Projekt ein Kostenvoranschlag mit Fr. 1,6 Mio. existiert. Heute koste dieses Projekt noch gerade Fr. 580'000.--. Er informierte weiter, dass er selbst ca. alle 3 Monate mit potentiellen Personen einen Rundgang durch das Dorf mache und diese Leute von den Vorzügen der Gemeinde Himmelried zu überzeugen versuche. Der Gemeindepräsident kam darauf auf den Steuerfuss zu sprechen. Seit vielen Jahren sei der Steuerfuss auf 118 % angesetzt gewesen. Dies sei ein tiefer Satz. Dann hätte die Gemeinde eigentlich als attraktive Wohngemeinde gelten sollen. Es seien jedoch trotzdem nicht viel Neuzuzüger zu vermelden. Roland Schmid machte die Versammlung darauf aufmerksam, dass auch sämtliche Mitglieder des Gemeinderates Steuerzahlerinnen und Steuerzahler seien. Auch sie möchten nicht unnötigerweise mehr Steuern bezahlen. Die Art und Weise, wie die seriöse Arbeit des Gemeinderates hier zerpfückt werde, sei jedoch frustrierend.

Der Vorsitzende wies die Versammlung nochmals darauf hin, dass der Kanton Solothurn für das Jahr 2012 die Staatssteuern senken werde. Dies habe zur Folge, dass eine Steuererhöhung seitens der Gemeindesteuern abgedeckt werde. Der einzelne Steuerpflichtige merke im Portemonnaie nicht mehr sehr viel von der Erhöhung.

Roland Schmid rekapitulierte, dass Anträge gestellt worden seien, über 129 %, über 125 %, über 124 % sowie über 120 %. Dazu seien Anträge auf Rückweisung des Voranschlags gestellt worden. Die Versammlung habe nun über diese Anträge zu beschliessen.

Christoph Thomann wünschte das Wort und kommentierte, dass bei einer Rückweisung des Voranschlags nicht mehr über einen Steuerfuss abgestimmt werden müsse.

Bruno Vögtli verlangte das Wort und vertrat die Ansicht, dass Himmelried wegen des günstigen Steuerfusses auch heute noch eine attraktive Wohngemeinde sei. Bei einer massiven Steuererhöhung würden keine Familien mehr nach Himmelried ziehen.

Sylvia Thomann verlangte nochmals das Wort und gab zu bedenken, dass wir bei einem heutigen "Nein" nicht für immer nein sagen. Vielleicht werde die Gemeindeversammlung in zwei Jahren eine Steuererhöhung genehmigen.

Gemeinderätin Yolanda Labaras verlangte das Wort und teilte zum Votum von Sylvia Thomann mit, dass der Gemeinderat nicht einfach so eine Steuererhöhung wolle. Die Ratsmitglieder nähmen jedoch ihre Verantwortung für alle Leute und für die Kinder wahr. In zwei Jahren oder später sei dann nicht mehr die Rede von 129 % Gemeindesteuern. Dann werde dann über einen Steuersatz von 145 % diskutiert. Der Gemeinderat nehme lediglich zum heutigen Zeitpunkt seine Verantwortung wahr.

Bruno Vögtli verlangte nochmals das Wort und teilte mit, dass berücksichtigt werden müsse, dass das Jahr 2012 finanztechnisch ein spezielles Jahr werde. Jetzt müssten wir nicht hyperventilieren. Ein Steuersatz von 129 % der einfachen Staatssteuer sei seiner Ansicht nach nicht angemessen. Er unterstütze die Anträge über 124 % oder über 125 % für den Gemeindesteuerfuss.

Michel Chavanne wünschte das Wort und vertrat die Ansicht, dass die Ratsmitglieder die Situation positiv einschätzen sollen. Die Versammlung vertraue dem Rat und gebe diesem die Möglichkeit, mit 4 – 5 % mehr Geld arbeiten zu können. Er wies darauf hin, dass die Versammlung ja auch einen Antrag auf Steuersenkung hätte stellen können.

Roland Schmid schloss nun die Detailberatung ab und leitete zur Beschlussfassung über.

#### Beschlussfassung über den Gemeindesteuerfuss für das Jahr 2012

Der Gemeindepräsident zitierte den **Antrag von Alfred Waldenmeyer**:

Antrag Waldenmeyer: "Steuerfuss für 1 Jahr auf 129 % ansetzen, aber mit Verpflichtung, dass der GR alle Verpflichtungen auf den Tisch legte. Dann soll der Stimmbürger darüber abstimmen können. Attraktivitätssteigerungen prüfen und die Gemeinde besser vermarkten. Entsprechende Informationen an der Gemeindeversammlung Mitte des Jahres abgeben"

Der Vorsitzende zitierte anschliessend den **Antrag von Michel Chavanne**:

"Steuererhöhung von 120 % auf neu 124 % der Staatssteuer zu begrenzen. Gleichzeitig soll das Budget zur Überarbeitung zurückgewiesen werden."

#### **Resultate der einzelnen Anträge:**

- Antrag Fred Waldenmeyer (Steuerfuss 129 % der Staatssteuern, etc.)  
Der Antrag von Fred Waldenmeyer erhielt folgende Stimmen:  
Ja-Stimmen: 13  
Nein-Stimmen: 70
- Antrag Michel Chavanne (Steuerfuss auf 124 % der Staatssteuer)  
Ja-Stimmen 37  
Nein-Stimmen 50
- Antrag Steyert (Steuerfuss auf 120 % der einfachen Staatssteuer belassen).  
Ja-Stimmen 22  
Nein-Stimmen 51

Hans-Jakob Ammann verlangte das Wort und machte den Vorsitzenden darauf aufmerksam, dass das Abstimmungsverfahren neu aufgenommen werden müsse. Es seien die Anträge gegeneinander abzustimmen. Der am Schluss obsiegende Antrag müsse gegen den Antrag des Gemeinderates antreten. Zuerst müsse die Versammlung über die beiden Anträge von Ralph Steyert und Michel Chavanne abstimmen.

**Alain Meyer stellte noch einen Ordnungsantrag:** Wir wollen jetzt nur über den Steuerfuss abstimmen, ohne Abstimmung mit Kraut und Rüben.

Der Vorsitzende liess die Versammlung sofort über diesen Ordnungsantrag abstimmen. Der Ordnungsantrag, wonach die Versammlung jetzt nur über den Gemeindesteuerfuss für das Jahr 2012 abzustimmen habe, wurde grossmehrheitlich, bei 1 Gegenstimme gutgeheissen und genehmigt.

Der Vorsitzende liess die Versammlung anschliessend über die Anträge von Ralph Steyert (120 %) gegen den Antrag des Gemeinderates (129 %) abstimmen: Der Antrag des Gemeinderates erhielt 36 Ja-Stimmen. Der Antrag von Ralph Steyert wurde mit 50 Ja-Stimmen angenommen.

Danach erfolgte die Gegenüberstellung der Anträge von Ralph Steyert (120 % der Staatssteuern) und von Michel Chavanne (124 % der Staatssteuern). Der Antrag von Ralph Steyert (120 % der einfachen Staatssteuern) erhielt 19 Stimmen. Der Antrag von Michel Chavanne (124 % der einfachen Staatssteuern) erhielt 75 Stimmen.

**Damit wurde entschieden, dass die Gemeindeversammlung für das Jahr 2012 einen Steuerfuss von 124 % der einfachen Staatsteuer beschlossen hat.**

Der Vorsitzende liess die Versammlung nun noch darüber abstimmen, ob der Voranschlag 2012, auf Grund des Antrages von Michel Chavanne zurückgewiesen wird oder nicht (siehe Ordnungsantrag von Alain Meyer).

**Die Versammlung beschloss mit 33 Ja-Stimmen gegen 46 Nein-Stimmen, den Voranschlag 2012 nicht zurückzuweisen.**

Der Gemeinderat wird die Zahlen bezüglich der Steuererträgen an den korrigierten Gemeindesteuerfuss anpassen. Zudem wird auf Grund der revidierten Zahlen des Voranschlags 2012 der Finanzierungsfehlbetrag korrigiert.



## A: Voranschlag der Investitionsrechnung 2012

Die Versammlung hatte nun über die Kreditvorlagen im Voranschlag 2012 der Investitionsrechnung zu beschliessen.

### Bewilligung der folgenden Kredite:

| Dienstabteilung                   | Konto      | Bezeichnung / Zweck  | Gesamtkredit<br>Fr.                           | Budget 2012<br>Fr. |
|-----------------------------------|------------|--|---|--------------------|
| <b>6. Verkehr</b>                 |            |  |   |                    |
| Gemeindestrassen                  | 620.501.09 | Neubau Stichstrasse<br>Beim Kirchweg<br>(Erschliessung)    | GV 15.12.2011<br>Kredit 100'000               | 100'000            |
| <b>7 Umwelt &amp; Raumordnung</b> |            |  |   |                    |
| Wasserversorgung                  | 701.501.05 | Teilersatz der Wasser-<br>leitung Kastelhöhe               | GV 15.12.2011<br>Kredit 55'000                | 55'000             |
| Abwasserbeseitigung               | 711.501.04 | Sanierung<br>Kanalisationsnetz<br>ganzes Dorf              | Am 17.12.2009<br>genehmigt,<br>Kredit 200'000 | 50'000             |
|                                   | 711.501.06 | Sanierung<br>Abwasserpumpwerk<br>Krummacker                | GV 15.12.2011<br>Kredit 75'000                | 75'000             |
|                                   | 711.581.02 | Digitale Katasterpläne<br>Abwasserbeseitigung              | am 09.12.2008<br>genehmigt,<br>Kredit 135'000 | 10'000             |
| Abfallbeseitigung                 | 721.501    | Techn. Untersuchung<br>belastete Standorte<br>(Deponien)   | GV 15.12.2011<br>Kredit 30'000                | 30'000             |
| Friedhof                          | 740.501.01 | Sanierung und<br>Erweiterung der<br>Friedhofanlage         | am 01.07.2009<br>genehmigt,<br>Kredit 580'000 | 230'000            |
| Gewässer-<br>unterhalt            | 750.501.01 | Bachverbauungen<br>Chastelbach/Igraben-<br>bach im Igraben | am 09.12.2008<br>genehmigt,<br>Kredit 100'000 | 25'000             |
|                                   |            | <b>Summe der Kredite</b>                                   |   | <b>575'000</b>     |

### Ergebnisse im Voranschlag 2012 der Investitionsrechnung:

|                         |                    |   |
|-------------------------|--------------------|---|
| Ausgaben Total          | Fr. 575'000        |   |
| Einnahmen Total         | Fr. 215'000        | (Anschlussgebühren, Subventionen und<br>Erschliessungsgebühren) |
| <b>Nettoinvestition</b> | <b>Fr. 360'000</b> |   |
|                         | =====              |   |

**Detailberatung:**Kredit Antrag über Fr. 100'000.-- für den Ausbau der Stichstrasse am Kirchweg

Andreas Brenner wünschte das Wort und bemängelte, dass er den beantragten Kredit von Fr. 100'000.-- enorm hoch finde. Er habe den Weg zu seiner Liegenschaft (in der gleichen Stichstrasse) berechnet. Er vertrete die Ansicht, dass ein Kredit von Fr. 50'000.-- für den Ausbau dieser Stichstrasse ausreichend wäre, auch wenn man die Kosten für die vorgehende Baupiste und deren anschliessenden Rückbau berücksichtige.

Helen Gianola wünschte das Wort und informierte, dass die Gemeinde die Bauherrschaft auch zur Vorfinanzierung der Erschliessungskosten verpflichten könnte.

**Teilbeschluss:**

Die Versammlung beschloss mit 57 Ja-Stimmen, gegen 18 Nein-Stimmen die Reduktion des Verpflichtungskredites für den Neubau der Erschliessungsstrasse am Kirchweg, von Fr. 100'000.-- um Fr. 50 % auf neu Fr. 50'000.--.

Kredit Antrag über Fr. 55'000.-- für die Reparatur, resp. den Teilersatz der Wasserleitung Kastelhöhe

Der Verwalter orientierte kurz über das Projekt und dessen Inhalt.

Aus der Versammlung erfolgten keine Wortbegehren.

**Teilbeschluss:**

Die Versammlung genehmigte den Verpflichtungskredit für die Reparatur, resp. für den Teilersatz der Wasserleitung Kastelhöhe grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen.

Kredit Antrag über Fr. 50'000.-- für Sanierungsarbeiten am Kanalisationsnetz, Teil Dorf.

Der Verwalter und Gemeinderat Franco Castronari gaben der Versammlung einige Informationen zu diesem laufenden Projekt. Der Gesamtkredit über Fr. 200'000.-- war am 17.12.2009 von der Versammlung genehmigt worden.

Aus der Versammlung wurden keine Wortbegehren gestellt.

**Teilbeschluss:**

Der Kredit über Fr. 50'000.--, Teilbetrag für das Jahr 2012, für Sanierungsarbeiten am Kanalisationsnetz, Teil Dorf, wurde grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen, genehmigt.

Kredit Antrag über Fr. 75'000.-- für die Sanierung des Abwasserpumpwerkes Krummacker.

Gemeinderat Franco Castronari und der Verwalter orientierten die Versammlung über das Projekt. Das Abwasserpumpwerk Krummacker ist seit ca. 40 Jahren in Betrieb und sanierungsbedürftig. Die Arbeiten wurden bereits vor Jahresfrist um 1 Jahr zurückgestellt und sollten jetzt ausgeführt werden. Die Details der Finanzierung werden mit dem Justiz- und Baudepartement Solothurn abgeklärt. Es handle sich grundsätzlich um ein privates Bauwerk, für welches die Gemeinde jedoch seit dessen Bestehen die Wartungen und Reparaturen ausgeführt habe. Die Betriebskosten würden jährlich den Eigentümern im Verhältnis deren Wasserverbrauchs verrechnet.

Otto Schaub wünschte das Wort und teilte mit, dass das Abwasserpumpwerk Krummacker seit dem Jahre 1972 in Betrieb sei. Die Eigentümer dieses Pumpwerks seien sich noch nicht einig über einige Aspekte der Sanierung dieses Pumpwerks. Die auszuführenden Arbeiten müssten noch genauer dokumentiert werden. Bis alle Punkte für die Sanierung dieses Pumpwerks geklärt seien, plädiere er für die Rückweisung dieses Kredites. Das Pumpwerk würde wohl noch ein weiteres Jahr Betrieb im heutigen Zustand aushalten.

**Otto Schaub stellte den Antrag, den Kredit über Fr. 75'000.-- zurückzuweisen.**

**Teilbeschluss:**

Die Versammlung beschloss grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen, den Kredit für die Sanierung des Abwasserpumpwerks Krummacker zurückzuweisen. Die Vorlage soll im laufenden Jahr mit den Anstössern detailliert geprüft und vorbereitet werden.

Verpflichtungskredit über Fr. 30'000.—für technische Untersuchungen an drei Deponiestandorten

Der Verwalter informierte die Versammlung, um welche Standorte es sich handelt. Dazu wurde informiert, dass bei den betroffenen Deponien mit einem Bagger Sondierschlitze geöffnet werden müssten, um Proben des Deponiegutes entnehmen zu können.

Aus der Versammlung wurden keine Wortbegehren zu diesem Kreditantrag gestellt.

**Teilbeschluss:**

Die Versammlung genehmigte den Verpflichtungskredit über Fr. 30'000.-- für die technischen Untersuchungen an drei belasteten Standorten grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen.

**Ergebnisse im Voranschlag 2012 der Investitionsrechnung / Genehmigung**

|                         |                    |  |
|-------------------------|--------------------|--|
| Ausgaben Total          | Fr. 450'000        |  |
| Einnahmen Total         | <u>Fr. 140'000</u> | (Anschlussgebühren, Subventionen und Erschliessungsgebühren) |
| <b>Nettoinvestition</b> | <b>Fr. 310'000</b> |  |
|                         | =====              |  |

**Teilbeschluss:**

Die Versammlung genehmigte den revidierten Voranschlag 2012 der Investitionsrechnung grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen.

Walter Schilling wünschte nochmals das Wort und teilte mit, dass er jetzt zum letzten Mal eine Bemerkung zum Friedhofprojekt anbringe. Er habe mit dem Gemeindeverwalter und mit Gemeinderat Beat Geissler gesprochen. Der Vorschlag für den Grabschmuck am projektierten Gemeinschaftsgrab sei aus der Friedhofkommission eingebracht worden. Das sei etwas, was formell nicht statthaft sei. Es hätte eine Ausschreibung gemacht werden sollen.

**B: Voranschlag der Laufenden Rechnung 2012**

Der Vorsitzende informierte über die Eckzahlen des gesamten Voranschlags 2012 der Einwohnergemeinde:

**Ergebnisse im Voranschlag der Laufenden Rechnung 2012:**

|                   |  |
|-------------------|--|
| Aufwand Total     | Fr. 4'554'100  |
| Ertrag Total      | Fr. 4'065'600 (mit dem beschlossenen Steuerfuss 124 %) |
| Aufwandüberschuss | Fr. 488'500  |

**Sylvia Thomann wünschte das Wort und beantragte**, dass die 7 beantragten Kredite innerhalb des Voranschlags zur Laufenden Rechnung in Globo genehmigt werden.

**Teilbeschluss:**

Die Gemeindeversammlung genehmigte den Antrag von Sylvia Thomann und genehmigte grossmehrheitlich und ohne Gegenstimmen, die 7 vom Gemeinderat beantragten Kredite im Voranschlag 2012 der Laufenden Rechnung in Globo. Es handelt sich um eine Summe von insgesamt Fr. 308'500.--.

### Gesamtgenehmigung des Voranschlags Laufende Rechnung 2012

#### Teilbeschluss:

Die Gemeindeversammlung genehmigte grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen, den Voranschlag 2012 der Laufenden Rechnung der Einwohnergemeinde,

|                                 |                  |
|---------------------------------|------------------|
| Mit einem Gesamtaufwand von     | Fr. 4'554'100.-- |
| Mit einem Gesamtertrag von      | Fr. 4'065'600.-- |
| Und einem Aufwandüberschuss von | Fr. 488'500.--   |

**Alain Meyer wünschte das Wort und stellte den Antrag**, Der Gemeinderat sei zu beauftragen, auf die nächste Gemeindeversammlung ein Konzept vorzulegen, wie der Gemeindehaushalt auf eine Ebene zu sanieren sei, welche Sinn mache.

#### Teilbeschluss:

Die Versammlung genehmigte den Antrag von Alain Meyer grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen.

### Genehmigung des Gesamten Voranschlags 2012 der Einwohnergemeinde:

Die Gemeindeversammlung genehmigte grossmehrheitlich, ohne Gegenstimmen den Voranschlag 2012 der Einwohnergemeinde, bestehend aus:

- Voranschlag 2012 der Laufenden Rechnung der Einwohnergemeinde,
 

|                                 |                  |
|---------------------------------|------------------|
| Mit einem Gesamtaufwand von     | Fr. 4'554'100.-- |
| Mit einem Gesamtertrag von      | Fr. 4'065'600.-- |
| Und einem Aufwandüberschuss von | Fr. 488'500.--   |
  
- Voranschlag 2012 der Investitionsrechnung
 

|                                 |                    |
|---------------------------------|--------------------|
| Mit Ausgaben über Total         | Fr. 450'000        |
| Mit Einnahmen über Total        | <u>Fr. 140'000</u> |
| Mit einer Nettoinvestition über | Fr. 310'000        |
|                                 | =====              |
  
- Mit einem Finanzierungsfehlbetrag über
 Fr. 642'300.-- | ===== |

Ermächtigung an den Gemeinderat, den Gegenwert des Finanzierungsfehlbetrages über Fr. 650'000 in Form von Darlehen aufzunehmen:

Die Versammlung genehmigte den Antrag des Gemeinderates, auf Deckung des Finanzierungsfehlbetrages über Fr. 642'300.-- durch die Aufnahme von Darlehen am Kapitalmarkt. Der Beschluss fiel grossmehrheitlich, bei 1 Gegenstimme aus.

## Zu Traktandum 5,            Verschiedenes

### Kläranlagen Ost und West

Walter Schilling gab der Versammlung eine kurze Erklärung ab, über Veränderungen, welche beim Betrieb der heutigen Kläranlagen auftreten könnten, da immer mehr Stoffe durch die Kanalisation in die Kläranlagen gelangen würden.

Es erfolgten keine weiteren Wortmeldungen aus der Versammlung.

Der Gemeindepräsident verdankte zum Schluss allen Besucherinnen und Besuchern die Mitarbeit und das Engagement während den Verhandlungen.

Schluss der Versammlung um 23.00 Uhr

Namens der Einwohnergemeindeversammlung

der Gemeindepräsident



Roland Schmid

der Gemeindegeschreiber



Ernst Winistörfer